

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 36, 5. Mai 1849

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-Handlung angenommen.

## Bernburger Angelegenheiten.

„Was gehen uns die Bernburger an?“ So wird man fragen. Ich weiß keine andere Antwort auf diese Frage zu geben, als daß sie unsere „Brüder“ sind und somit das Interesse in Anspruch nehmen, was jeder deutsche Staat in Anspruch nimmt. Ueberdies kann man aus der Geschichte eines kleinen Staates ebensogut was lernen, als aus der Geschichte eines großen. Wer aber nicht lernen will, nun, der mag sich ärgern oder freuen, wie es ihm beliebt. Denn Aergerniß und Heiterkeit gibt die Geschichte des Bernburger Landtages die Hülle und Fülle; Aergerniß, weil alle Repräsentationsverfassungen, sei es in Republiken oder Monarchieen, durch die Bernburger, so viel an ihnen ist, in Mißcredit kommen, dem Absolutismus neue Anhänger gewonnen und die alten gekräftigt werden; Heiterkeit, weil der Bernburger Landtag nach dem Berichte von Ammons an Verkehrtheit, Unwahrheit, Indiscretion und Tactlosigkeit Alles übersteigt, was er bisher kennen gelernt habe. Wir Oldenburger haben außerdem noch ein specielles Interesse an den Bernburgern, weil von Buttet Referent des Petitions-Ausschusses, betreffend die in Bernburg vorhandenen Mißstände, gewesen ist, und Mölling eine Lanze für die Bernburger gebrochen hat.

Der zur „Berathung und Vereinbarung“ der Verfassung für Anhalt-Bernburg (16 □M., 50,000 G.) berufene Landtag gerieth bald mit der Regierung in eine unangenehme Stellung, erklärte sich am 13. October bis zur Annahme der Verfassung für permanent, eignete sich die Landesverwaltung an, ernannte einen Minister (freilich nur auf 11 Tage) und trieb den Herzog zur Flucht.

Ein Reichscommissair in der Person von Ammons, Mitglied eines hohen Gerichtshofes zu Köln, traf am 10. November ein, schaffte leidliche Ordnung, bis die Verhaftung des Lohgerbers Calm tumultuarische Scenen hervorrief, die zur Folge hatten, daß Militair einrückte, nach wiederholten fruchtlosen Aufforderungen zum Auseinandergehen, Gebrauch von seinen Waffen machte, und der Belagerungszustand über Bernburg verhängt wurde.

Wie es aber aussah in Bernburg, darüber einige Notizen.

Die Linke setzte von Anfang an Mißtrauen in den Reichscommissair, weil es ihr bekannt war, daß die vermittelnde Centralgewalt ihren exorbitanten Ansprüchen gegenüber die gesetzliche Ordnung im Lande zu handhaben unternahm. In öffentlicher Sitzung erlaubte sie sich die heftigsten Ausdrücke über ihn, so daß er es für gerathen fand, sich auf den schriftlichen Verkehr mit dem Landtage zurückzuziehen. Dem Publicum vindicirte der Landtag das Recht zu einfachen Beifalls- und Mißfallsbezeugungen, dessen es sich auf gegebene Signale aus dem Schooße des Landtags bediente. Vor der Ankunft des Reichscommissairs hatte es (am 13. October) pöbelhafte Austritte im Landtage gegeben. Die Gallerie war mit Personen besetzt, die mit Stöcken bewaffnet waren, einige Abgeordnete warfen ihre Stühle um, Einer drohte dem Minister mit dem Stocke, so daß in Folge dessen die rechte Seite wie der Präsident auszutreten sich veranlaßt sah. Am 26. October kam es zu einem unerhörten Beschluß; es sollte ein Gericht niedergesetzt werden, um — nicht Vergehen und Verbrechen, sondern Bestrebungen der Reaction zu untersuchen und bestrafen. — Ist das nicht ein würdiges Seitenstück zu der Demokratie-Vertriehung der vormärzlichen Absolutie? — Auch die

früheren Stenographen haben es mit ihrer Ehre nicht verträglich erachtet, ferner in den Sitzungen zu erscheinen; sie haben gegen den Landtag eine Injurienklage erhoben. Zweien andern Stenographen hat man sodann auf die gestellte Bedingung einer anständigen Behandlung und auf die Weigerung, Lücken in ihren Berichten zur Ergänzung der Reden zu lassen, nicht geantwortet und die Verhandlungen mit ihnen abgebrochen. — Besonders ergötzlich ist die Angelegenheit des Strumpfwiebers Wilhelm. Dieser sollte, wie behauptet wurde, weil er gewagt oder gedroht habe, über die Regierungsverhandlungen die Wahrheit zu veröffentlichen, als wahnsinnig in einem Irrenhause eingesperrt zurückgehalten werden. Der Führer der radicalen Partei, von May, — der spätere eifstägige Minister des Landtags, — erklärte, die Angelegenheit dieses Mannes werde absichtlich verzögert, um Zeit zu gewinnen, „um (wie die pomphaften Ausdrücke lauten) abzuwarten, wie an einem andern Orte über das Schicksal Deutschlands die Würfel fielen.“ Dieser Wilhelm war aber nach dem Gutachten des Medicinalrathes Dr. Behr wirklich gemüthskrank; er wurde, noch ehe ein ärztlicher Bericht erstattet war, benützt, die unkundige Menge zur Entrüstung darüber aufzuregen, als sei der Wilhelm ein Opfer maßloser Willkür hoher Herren. Als nun das Gutachten des Arztes Behr, welches den Wilhelm für wahnsinnig erklärte, bekannt wurde, wurde der Verfasser des Gutachtens in dem öffentlichen Landtage der Gegenstand der heftigsten Angriffe. Der Landtag ernannte darauf eines seiner eigenen Mitglieder, einen gewissen Piper, welcher gar nicht zur Praxis qualificirt ist, zum Berichterstatter über den Zustand dieses Wilhelm. Er besuchte ihn im Irrenhause und kam in den Landtag zurück, wo er eine Schilderung machte, nach welcher dieser Mann ein Opfer der gräßlichsten Tyrannei sei; das ganze Land wurde aufgeregt und es blieb nichts Anders übrig, als daß der Reichscommissair, weil die Sache zu großes Aufsehen machte, sich ins Mittel legte, indem er den Vorschlag machte, da das eine Gutachten so laute und das andere anders, solle man aus einem benachbarten Lande zwei unparteiische ausgezeichnete practische Aerzte beiziehen. Sobald dieser Vorschlag im Landtage bekannt wurde, erschien eine förmliche Deputation des Landtages auf dem Zimmer des Reichscommissairs und machte ihm die heftigsten Vorwürfe über seine Einnischung in Verwaltungsangelegenheiten des Landes.

Und nun der blutige Tag des 16. May! Wer hat ihn hervorgerufen? Die Menge, die mit Knütteln, lärmend und tobend, mit Aufhängen und Todtschlagen drohend, in das Sessionszimmer des Gerichtshofes drang und ihn zwingen wollte, die gewaltsame Befreiung des Loh-

gerbers Calm zu legalisiren; die dem Militair mit einer Fahne entgegenzieht, es verhöhnt und thätlich mißhandelt und den ersten Schuß thut. Man muß Baffermann Recht geben, wenn er sagt: ich frage die Nationalversammlung, welche Regierung, mag sie eine monarchische oder republikanische sein, wird solcher Verhöhnung, solchen Angriffen gegenüber, Gewehr beim Fuß, sich ergeben? Ich glaube, daß man dies keiner Regierung zumuthen kann, und darum auch nicht der Beraburgischen, so traurig es auch einmal ist, daß Gewalt geübt werden mußte. Aber die Schuld fällt auf die, welche das Volk so weit bringen, welche den Glauben verbreiten, als würde dem Gesetze nie mehr der Ernst zur Seite stehen.

Armes Deutschland! Der absolutistische Teufel bedrängt dich von der Rechten, der radicale von der Linken. Wann wird Erlösung kommen?

### Die gegenwärtige Bedeutung des Heeres.

Während im Laufe des verflossenen Jahres die Revolution ihre starke Hand fast an alle bestehenden Zustände und Einrichtungen gelegt, während nichts ihrer gewaltigen Kraft widerstehen zu können schien, haben wir die merkwürdige Erfahrung gemacht, daß das Heerwesen, dieser ewige Stein des Anstoßes schon der früheren ruhigeren Jahre, dessen Nutzen in gar keinem Verhältniß zu den wirklich enormen Kosten desselben zu stehen schien und das deshalb während der langen Friedensperiode und besonders in den letzteren Jahren den höchsten Unmuth des Volkes, selbst des gebildeteren Theiles desselben, zu tragen hatte, daß dieses viel bekritteltte und heftig angefeindete Heerwesen nicht allein den Stürmen der Revolution getrotzt, sondern diese zum Theil mit beschwichtigt hat, und — was mehr sagen will — sogar von der Revolution als nothwendig anerkannt und auf den alten, so oft geschmähten, Grundlagen zu einer größeren Entwicklung fortgetrieben worden ist, als es sie je besaßen. Die Idee der allgemeinen Volksbewaffnung, die ihre Bedeutung und ihren Werth unter ganz andern, aber noch erst zu schaffenden Staatseinrichtungen haben mag, knickte in sich selbst zusammen, als es Ernst zu werden drohte, als die Familienväter sich sagen mußten, daß sie, um diese Idee zu verwirklichen, Haus und Hof, Weib und Kind zu jeder Stunde zu verlassen genöthigt sein könnten, daß Ackerbau, Handel, Gewerbe, Kunst und Wissenschaft in demselben Augenblick still liegen mußten, sobald das Vaterland seiner Söhne bedürfen würde. Es war eben

nur eine, freilich ihren tiefen Grund habende, Idee, die, plötzlich geweckt, eben so plötzlich zur Geltung kommen, zur That werden sollte, und die, weil sie weder durchdacht noch zum klaren Bewußtsein des Volks gekommen war, bei dem ersten Zusammenstoß mit der Wirklichkeit wie eine Seifenblase zerplachte. Zu Anfang war es für den Handwerker, den Kaufmann, den Beamten, den Künstler ganz amüsant, des Sonntags Nachmittags mit der Muskete auf dem Rücken zum Exercieren auszurücken, sich eine heilsame Bewegung in freier Luft zu machen, worauf das Essen gut schmeckte, und sich dann mit dem stolzen Bewußtsein: ein Wehrmann zu sein, der den Schutz der theuren Soldateska nicht bedürfe, zu Bette zu legen. Aber man kam bald zu der Ueberzeugung, daß es mit dem Rechts- und Linkschwenken, dem Präsentiren und Laden des Gewehrs nicht allein gethan sei, daß mit dem Exerciren viel Zeit verloren gehe u. s. w. Genug, die Frucht war noch nicht reif, um sie pflücken zu können, und man bequemte sich deshalb dazu, sie einstweilen am Baume der Zeit hängen zu lassen. — Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, über die Idee der Volksbewaffnung weitläufige Erörterungen anzustellen; es soll nur durch die Erwähnung derselben dargethan werden, daß das Heerwesen gerade durch die Idee, die dasselbe bekämpfen sollte, was in einer späteren Zeit auch sicher mit Erfolg geschehen wird, neu gekräftigt wurde und zu einer Bedeutung und Macht gelangte, wie es diese bis dahin noch nie erreicht hatte, und dies ist für Deutschland im Laufe des verfloßenen Jahres von unendlich wichtiger, folgenschwerer Bedeutung geworden. Bei der Masse der unseligen Straßenkrawalle und Putschs, die das Revolutionsjahr hervorgebracht, ist es dem Soldaten klar geworden, daß regel- und ordnungslos kämpfende Haufen, selbst bei großer numerischer Ueberlegenheit, nichts Rechtes gegen das Militair auszurichten vermögen, während auf der andern Seite die Nichtmilitairs die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der Kampf und Widerstand ungeordneter Volksmassen gegen gutgeführte, wohl disciplinirte und geübte Truppen ein nutzloser ist. — Von einer Erhebung des Volkes in Masse ist hier natürlich nicht die Rede, denn vor dieser erliegt auch das beste Heer. Aber eine solche Erhebung findet nur selten und, wenn sie zur Erreichung eines und desselben Zweckes zum Zweitemale erfolgen sollte, dann sicher nicht mit derselben Kraft und Begeisterung wie das Erstmal statt. Hiernach hängt das Schicksal Deutschlands in der nächsten Zeit von denen ab, die über das Heer gebieten; vor der Hand also noch von den Fürsten. Die Bajonette sind es, die allein entscheiden und den Fürsten die Macht in die Hände geben werden, die Geschiede des Volkes zu

lenken. Das deutsche Volk hat in diesem Augenblick keinen gefährlicheren Gegner als das Heer. Seine eigenen Söhne werden es niederhalten helfen, sobald die Fürsten es befehlen; denn das Heer ist gut, es ist disciplinirt und weiß, daß die vornehmste Pflicht eines guten Soldaten der Gehorsam ist. Selbst Derjenige, der in den vielleicht bald losbrechenden Stürmen ganz auf Seiten des Volkes steht, wird nicht wünschen können, daß, wenn auch zu Gunsten des Volkes, in dem Heere die Disciplin verloren gehe und der Gehorsam aufgesagt werde. Geschähe dies, so wäre das Heer als solches ein schlechtes, die Anarchie würde herrschen und Deutschland ein Spielball fremder Mächte sein. Nur in einem guten Heere ist ein Halt und Schutz gegen die vielleicht von Außen drohenden Gefahren zu finden. — Hüte sich aber das deutsche Volk vor allen vereinzeltten Aufstands- und Widerstandsversuchen, vor Allem aber vor Straßenkrawallen und Putschs, womit es nichts weiter erreicht, als daß es sich selbst die Hände und Füße bindet. Will es die Errungenschaften des vorigen Jahres wahren, so muß es einmüthig handeln; es muß in seiner Gesammtheit sich erheben, mit Muth und Ausdauer und mit Einsetzung seiner höchsten Kraft um das höchste Gut, die Freiheit, kämpfen. Hüten sich aber auch die Fürsten, daß sie den Bogen nicht allzustraff spannen; können sie sich auch auf ihre Heere verlassen — und wir glauben, daß sie es für eine geraume Zeit noch können, — so mögen sie doch der Worte des Dichters eingedenk sein:

„daß eine Grenze hat Tyrannenmacht!“

Gelingt es ihnen, vereinzeltten Widerstandsversuchen ein blutiges Ziel zu setzen, so wird dem Volke die dadurch empfangene Lehre nicht verloren gehen; gehen sie aber weiter, wollen sie mit Hülf des Heeres die alten Zustände wiederkehren lassen, wollen sie den Versuch wagen, ob sich ein großes, starkes, geistig hoch stehendes Volk mit Füßen treten und mit Ketten beladen neben ihrem Siegeswagen hinschleppen läßt, so wagen sie es auf die Gefahr, das letzte Bollwerk der Fürstenthrone, das Heer, zu zerstören, indem sie es sich entfremden, und was dann geschehen kann und wird, das wird ein künftiger Geschichtschreiber nur mit Grauen niederschreiben können.

### Predigerwahlen.

Die Synodalblätter N<sup>o</sup> 21 bringen einen Aufsatz über die Wahlen der Prediger durch die Gemeinden, in

welchem dieser Gegenstand aus einem neuen Gesichtspunkte betrachtet sein soll. Wir nahmen das Blatt mit einiger Spannung in die Hand; fanden uns indessen sehr getäuscht, in dem neuen Gesichtspunkte nichts als eine Erwägung der Zweckmäßigkeit zu entdecken. Unseres Wissens ist alles, oder doch das meiste, was bisher gegen die Predigerwahlen geschrieben worden, einzig und allein von eben diesem Zweckmäßigkeitsgrunde hergenommen; denn die Rechtfertigung aus der Schrift, wie aus der Geschichte, haben auch die Gegner nie gelehnet. Man kann sich nur wundern, daß eine Sache, die schriftgemäß ist und in allen Kirchengemeinschaften, die sich einer freien Verfassung erfreuen, längst besteht, nicht zweckmäßig sein soll, und das um so mehr, da uns hier zu Lande alle Erfahrung fehlt. Daß etwas nicht zweckmäßig sei, läßt sich doch nur behaupten, wenn man solches entweder aus eigener Erfahrung oder durch unbefangene Prüfung anderer Zustände erkannt hat; nun lehrt aber die Erfahrung unzweifelhaft, daß Gemeinden, welche das freie Wahlrecht haben, mit größter Treue und Entschiedenheit daran halten, während auf der andern Seite diejenigen, welche jenes Rechte nicht genießen, es aufs eifrigste zu erlangen suchen. Wir sind und bleiben der Ansicht, daß die freie Wahl der Prediger durch die Gemeinde das Fundament und Lebenselement einer rechten und wahrhaften Kirchenverfassung sei, daß ohne sie, trotz Presbyterien und Kirchenrath, der alte Jammer kein Ende nehmen wird; und zum Beweise, daß nicht nur die Laien aus bloßer Neuerungsucht, oder, wie unser Zweckmäßigkeitsprediger will, einem Klange von Freiheit zu Liebe, die Wahl ihrer Prediger fordern, führen wir das Zeugniß eines sehr bedeutenden evangelischen Geistlichen an, der (evangel. Monatschrift 1812, S. 187) die presbyterianische Kirchenordnung einfach auf folgende drei Grundsätze zurückführt:

1. Freie Wahl der Aeltesten und Lehrer (Geistlichen) von Seiten der Gemeinden.
2. Belegung der Kirchenämter von Seiten der Presbyterien.
3. Gerechtigkeitspflege in Ausübung des Regiments von Seiten der Synoden.

Wenn der Verfasser des genannten Aufsatzes in den Synodalblättern die lächerliche Furcht hegt, es würden bei freier Wahl künftig nur solche Leute sich dem Dienste der Kirche widmen, welche entweder von den theologischen Stipendien profitieren wollen, oder wegen mangelnder Befähigung in andern Fächern noch weniger Aussichten haben, oder auf rein äußerliche Gaben ihr Vertrauen setzen; so beweist er dadurch nur, daß seine Zweckmäßigkeitsgründe bloß aus den Hirngespinnsten seiner eigenen Phantasie ihren Ursprung haben; denn sonst müßte ihn wiederum die Erfahrung lehren, daß in denjenigen Ländern, wo innerhalb einer freien Presbyterial- und Synodalverfassung auch freie Predigerwahlen stattfinden, es niemals an tüchtigen Geistlichen gefehlt hat, und daß es insbesondere mit der Seelsorge nirgends besser bestellt ist. Es ist gar nicht möglich, daß bei bestehendem freien Wahlrecht eine christliche Gemeinde oder ein ganzes Volk in solchen Todeschlaf versinke, daß ihnen, wie bei Eröffnung unserer Synode bitter genug, aber leider nur zu wahr angedeutet wurde, sogar der Sinn und das Gefühl für einen bessern Zustand abgestorben und abhanden gekommen ist.

Wir wollen übrigens nicht Wasser in's Meer tragen; denn wir sind überzeugt, daß, was wir fordern, kommen wird und muß, so gewiß, als auf den Winter der Frühling folgt. Wir

verweisen aber auf die vortreffliche Schrift von Runde (Bemerkungen zum Entwurf u. s. f.), in welcher dieser Gegenstand S. 26 ff. ausführlich abgehandelt ist, und das von einem Manne, dem Niemand vorwerfen wird, er wolle einem Klange von Freiheit das wahre Wohl der Kirche opfern. Runde hat in dieser Schrift auch diejenigen treffend abgewiesen, welche sich auf die symbolischen Bücher der evangelischen Kirche berufen wollten, und der neue Gesichtspunkt der Synodalblätter findet daselbst S. 31 gleichfalls seine gehörige Würdigung. Besonders aber fallen die Schlußworte für unsere Verhältnisse ins Gewicht, wo es heißt: „Widerfönnig ist es, zu verlangen, daß die einträglichsten Stellen immer nur den ältesten Geistlichen oder denjenigen zu Theil werden sollten, welche die meisten Kinder haben, oder denen sonst eine bedeutende Einnahme vorzugsweise zu wünschen wäre. Wie endlich klimatische Rücksichten hier Platz greifen sollten, ist mir eben so unerklärlich. Soll eine Gemeinde deshalb einen bestimmten Prediger haben, weil dieser das Klima besser vertragen kann, als in der Gegend, wo er bisher war? — Glaube man doch ja nicht, daß Rücksichten auf einzelne Personen im Interesse der Kirche seien, und sich bei so hartklingenden Grundsätzen kein Mensch mehr dem Predigerstande widmen werde. Das bisherige Regiment hat nur zu viel Rücksichten auf die Candidaten und Geistlichen, zu wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeinden genommen; das wird Niemand mit Wahrheit leugnen können. Es ist daher Zeit, daß das Verhältniß einmal umgekehrt werde; wir werden dann, ohne Mangel an tüchtigen Geistlichen zu haben, keine Klagen der Gemeinden mehr hören, wie sie nur zu häufig laut geworden sind.“

### Kirchennachricht.

Vom 27. April bis 4. Mai sind in der Oldenburger Gemeinde

1. Copulirt. 41) Seilermeister Friedrich Gerhard Christian Willers und Eufanne Wilhelmine Bernharrine Rentzen, Heil. Geistthor. 42) Schlachtermischer Wilhelm Christian Wolfgramm und Anna Helene Willers, Oldenburg. 43) Heinrich Gerhard Wichmann und Mette Sophie Lützen, Domneschwee. 44) Friedrich Ernst Ludwig Willinghöfer und Charlotte Marie Henriette Kreese, Oldenburg. 45) Johann Hermann Gerhard Köhling und Henriette Sophie Catharine Sturm, Oldenburg. 46) Schustermeister Wilhelm Eismann und Thalle Margarethe Hübeler, Vornboist. 47) Gottfried Georg Christian Schmidt, Schullehrer in Hoffe, und Christiane Catharine Pauline Purde, Heil. Geistthor.

2. Getauft. 131) Sophie Margarethe Feyn, Bloherstedt. 132) Johanne Louise Auguste Charlotte Woike, Heil. Geistthor. 133) Friedrich Gottlieb Carl Schäfer, Oldenburg. 134) Anton Friedrich Oltmanns, Haarenthor. 135) Johann Hinrich Dählhoff, Bloh.

3. Beerdigt. 110) Seiltänzer Johann Diederich Estermann aus Leer, 28 J. 111) Hermann Christian Brand, Eversfen, 3 M. 112) Eine todtgeborne Tochter des Verwalters Puffling zu Plantenburg. 113) Johanne Wilhelmine Sophie Zausen, Oldenburg, 4 J. 5 M. 114) Soldat Cord Hinrich Tastow aus Warden, 23 J. 115) Anna Elisabeth Daken-Vollen aus Varel, 56 J. 8 M.

### Gottesdienst in der Lambertikirche.

Am Sonntage, den 6. Mai.

Vorm. (Anf. 8 Ubr.) Herr Collaborator Arens.  
Vorm. (Anf. 9½ Ubr.) Herr Geh.-Pred. Eckardt.  
Nachm. (Anf. 2 Ubr.) Herr Kirchenrath Claussen.

Der  
**Oldenburgische Volksfreund.**

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

**D e t r o i.**

In N<sup>o</sup> 35 d. Bl. ist unter der Ueberschrift „Berichtigung“ ein Artikel, der unsern Aufsatz über die Detroi berichtigen und uns der Uebertreibung beschuldigen will.

Der Verfasser berechnet die künftigen Ausgaben der Stadt, welche durch eine directe Steuer zu decken sein möchten, auf 13,300 bis 14,300 \$, welche wir zu 30,000 \$ veranschlagten.

Nach dem Berichte des Magistrats (s. die Gemeindeverwaltung) waren die sämmtlichen Ausgaben (die Straßenbeiträge, 1850 \$, ausgenommen) der Stadt im Rechnungsjahre 18<sup>46/47</sup> \*) . . . . . 52,727 \$ 36 %.

Die ständigen Einnahmen betragen . . . . . 20,998 „ 64 „

Die außerordentlichen Einnahmen waren darnach . . . . . 31,728 \$ 44 %.

Nach einem Anschlage der Schulcommission sind für die Stadtschulen wegen Wegfalls des

\*) Die sämmtlichen Ausgaben (ordentliche und außerordentliche) der Stadt Oldenburg im Rechnungsjahre 1846/47 haben betragen (s. die Gemeindeverwaltung):

	Gold
(Anl. A. S. 64.) Die der Stadtcasse . . . . .	22,255 \$ 30 %.
„ N <sup>o</sup> 5, S. 89.) Die der Servicecasse . . . . .	6,179 „ 34 „
„ „ 7, „ 97 Die der Detroicasse . . . . .	10,800 „ 59½ „
„ „ 16, „ 141 Die der Armencasse . . . . .	13,491 „ 47½ „
Zusammen	52,727 \$ 36 %.

Uebertrag 31,728 \$ 44 %.

Schulgelbes ic. künftig erforderlichlich . . . . . 3,200 „ — „

Die außerordentlichen Ausgaben, wenn sie dieselben bleiben, würden demnach betragen . 34,928 \$ 44 %.

Wir haben 30,000 \$ angenommen, und stellen es

Gold.

Uebertrag 52,727 \$ 36 %.

Die ständigen Einnahmen der Stadtcasse betragen (Anl. N<sup>o</sup> 4, S. 83) in Courant: 12,597 \$ 1 %.

worunter 1,350 \$ Gold für Schulgeld, sind Courant:

1,518 \$ 54 %.

Sporteln, die künftig wegfallen werden: 2,000 \$.

zusammen . . . . . 3,518 \$ 54 %,

bleiben 9,078 \$ 19 %,  
oder in Gold 8,069 „ 32 „

Die Einnahmen der Servicecasse (Anl. N<sup>o</sup> 5, S. 88) 6,589 \$ 2 %.

Die Einnahm. d. Detroicasse (Anl. N<sup>o</sup> 7, S. 96) 5,525 „ 30 „

Die Einnahm. d. Armencasse außer den Sammlungsgeldern (Anl. N<sup>o</sup> 17, S. 144) 815 „ — „

zusammen in Gold . . . . . 20,998 \$ 64 %.

bleiben in Gold 31,729 \$ 44 %,

die (wenn die Detroi- und Servicegelder durch eine Einkommenssteuer aufgebracht werden sollen und die Ausgaben dieselben bleiben) im Ganzen durch eine Einkommenssteuer zu decken sein würden.